

Warum ein Grundeinkommen der Gesellschaft nützt

Argumente zu einigen Einwänden

Impulsvortrag Herrenhäuser Gespräche 1.12.2016

Einwand 1: Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen für Arme und wird daher nie die Unterstützung der Mittelschichten erhalten

Neben der Klassenspaltung Kapitalisten vs. Arbeiter kennzeichnete bereits das 19. Jahrhundert eine Spaltung der Arbeiterklasse in die ihrer Klasse bewussten Proletarier und die Pauper, das „Lumpenproletariat“, den „Auswurf, Abfall, Abhub aller Klassen“, so Karl Marx. Nun wird diese Diktion für die Pauper der Gegenwart, das „Prekariat“, nicht verwendet, im Gegenteil, der phantastierende Donald Trump adelte beispielsweise die Menschen ohne Lust auf Bücher und Oper. Auf der Realebene indes kennen die Wohlfahrtsstaaten der Gegenwart die Spaltung der Nicht-Kapitalbesitzer in Insider und Outsider, in Kernbelegschaften und Randbelegschaften. Die 23.000 zu entlassenden VW-KollegInnen sind im Wesentlichen Leiharbeiter, ihre Unsicherheit ist Bestandteil des Geschäftsmodells gespaltener Arbeitsmarkt. Diese Spaltung wiederholt sich in den Institutionen eines lohnarbeitszentrierten Sozialstaats, Leibfried und Tennstedt analysierten in den 1980ern eine historische Spaltung der deutschen Sozialpolitik in Armenpolitik und Arbeiterpolitik.¹ Im letzten Jahrzehnt wurde diese alte Spaltung mit den bedarfsorientierten, auf Bedürftigkeitsprüfungen basierenden Systemen Hartz IV und Grundsicherung in der GRV in das 21. Jahrhundert verlängert. Ein universelles Grundeinkommen würde diese Spaltung aufheben, zunächst einmal gleichgültig, ob es in Form einer Negativen Einkommenssteuer bzw. Sozialdividende aus Einkommenssteuern finanziert wird, es als Sozialdividende aus Konsumsteuern finanziert oder ob es, wie ich vorgeschlagen habe, nach dem Muster der Schweizer Rentenversicherung AHV in Form einer *Grundeinkommensversicherung* als Bürgerversicherung organisiert wird. Bürgerversicherungen finden, gut gemacht, seit Jahrzehnten hohe Akzeptanz gerade auch der Mittelschichten, ob in den USA (Social Security), in der Schweiz oder in den Niederlanden. Ein Grundeinkommen in Gestalt einer Bürgerversicherung mit Sozialsteuern sollte allen Bürgerinnen und Bürgern mit einem Referendum vorgelegt werden.

Einwand 2: Die Ablehnung des Schweizer Referendums für ein bedingungsloses Grundeinkommen im Juni 2016 zeigt doch, dass die Leute das nicht wollen

Die Organisatoren des Schweizer Rekurses haben eine zentrale Akzeptanzerfordernis aller universalistischen Transfersysteme missachtet: sie müssen „decent“ sein, „just“, angemessen und gerecht. Ein Grundeinkommensbetrag von 2.500 Franken, den die Initianten zwar nicht im Referendum, doch in medial transportierten Willensschriften forderten, trug mit dazu bei, dass keine der mobilisierungsfähigen Organisationen oder Institutionen das Referendum unterstützte. Auch das

¹ Stephan Leibfried/Florian Tennstedt, Armenpolitik und Arbeiterpolitik. Zur Entwicklung und Krise der traditionellen Sozialpolitik der Verteilungsformen (Hrsg.), Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt: Suhrkamp 1985, S. 64-93

Finanzierungsmodell via Konsumsteuer knüpfte nicht an der im Grunde ideal anschlussfähigen Tradition der Bürgerversicherung AHV an, sondern kokettierte mit einem Systembruch. Das Schweizer Referendum zeigt also vor allem, wie man es besser machen sollte.

Einwand 3: Das Schweizer Referendum machte deutlich, dass die Angst vor einer Einwanderung in ein Grundeinkommenssystem rechtspopulistisch ausgenutzt wird

Alle Wohlfahrtsstaaten sind bisher Nationalstaaten, soziale Sicherung ist ein Nationalstaatsprojekt. Das hatte, wie Thomas Marshall analysierte, einen Vorteil: die rechtliche und politische Bürgerrolle konnte im 20. Jahrhundert sukzessive und in vielen Ländern auch konsequent um die Sozialbürgerrolle erweitert werden. Auf internationaler Ebene entstand dadurch eine zusätzliche Spaltung (cleavage) zwischen dem Sozialbürger und dem migrantischen Homo Sacer, der, wie Agamben es nannte, nur sein nacktes Leben sein Eigen nennt. Reale oder auch medial erzeugte Bedrohungsszenarien lassen die Sozialbürger die Türen schließen. Bisweilen wurde – vor Brexit und Trump – gemutmaßt, dass die Staaten mit liberalem Wohlfahrtsregime wie UK und USA, die Migranten kaum Sozialleistungen, sondern allenfalls Arbeitsgelegenheiten bieten, migrationspolitisch weniger anfällig seien. Das war falsch. Vermutlich besteht überhaupt kein Zusammenhang zwischen der Gestaltung der Sozialen Sicherungssysteme und dem Migrationsinteresse. Wenn Nationalstaaten Zuwanderung für ihre Arbeitsmärkte nicht brauchen und aus kulturellen Gründen nicht wollen, dann kommen sie auch kaum. Die Schweiz zeigt nur, dass es rechtspopulistische Exklusionspolitik gibt. Mit dem Grundeinkommen hat das nichts zu tun.

2

Einwand 4: Ein Grundeinkommen können wir uns sozialpolitisch nicht leisten, weil die Alterung der Gesellschaften des Nordens bereits alle Ressourcen bindet

Ein Grundeinkommen erhalten alle, auch die Rentnerinnen und Rentner. Jugendliche Grundeinkommensbefürworter übersehen, dass je nach Modell 70 bis 90% der Ausgaben für ein Grundeinkommen bei den Alten landen. Wir haben dies vor einigen Jahren am Beispiel des Vorschlags Solidarisches Bürgergeld des damaligen Thüringer CDU-Ministerpräsidenten Dieter Althaus, einer negativen Einkommensteuer, berechnet.² Ähnlich sehen die Kalkulationen für eine Grundeinkommensversicherung aus. Eine realistische Grundeinkommensreform muss daher die Renten einbeziehen. In Deutschland behindert freilich der Mythos der „Beitragsäquivalenz“ bereits jetzt jede Rentenreform, die langfristig armutspräventiv wäre. Der als Gründervater des Bismarckschen Rentensystems beschworene Reichskanzler wollte dabei nichts dergleichen, sondern eine „Staatspension“ für die Arbeiter. Ein großes Bündnis der Insider hat das in Deutschland seit mehr als 130 Jahren verhindert. Das muss aber nicht so bleiben. Ein Grundrente wäre ein Grundeinkommen im Alter, auf dem dann erst Sicherungen aufbauen, die vom früheren Erwerbseinkommen abhängen. So macht es das Schweizer Rentensystem AHV, macht es das Rentensystem in den Niederlanden und den meisten skandinavischen Ländern.

²² Michael Opielka/Wolfgang Strengmann-Kuhn, Das Solidarische Bürgergeld. Finanz- und sozialpolitische Analyse eines Reformkonzepts – Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung“, in: Michael Borchard (Hrsg.), Das Solidarische Bürgergeld. Analysen einer Reformidee, Stuttgart: Lucius & Lucius 2007, S. 13-141

Einwand 5: Statt in ein Grundeinkommen sollte die Gesellschaft besser in Bildung und Kinderbetreuung investieren, das schafft Aufstiegschancen, verbessert Deutschlands Position im globalen Wettbewerb und erhöht die Frauenerwerbsquote

Wäre die Alternative Grundeinkommen oder soziale Dienstleistungen, dann spricht alles für letztere. Soziale Dienste, Schulen, Gesundheit, Kultur, machen eine zivile Gesellschaft heute aus. Doch das ist nicht die Alternative. Die Alternative lautet: sollen Geldleistungssysteme wie bisher überwiegend an der Erwerbsarbeit anknüpfen oder sollen alle Transfersysteme einen Sockel haben, ein Grundeinkommen, auf das jede und jeder Anspruch hat? Vor Jahren wollte ein deutscher Finanzminister die Erhöhung des Kindergeldes gegen den Ausbau der Kitas in Anschlag bringen, andere stellen Renten gegen Pflege. Doch erst die kluge Kombination aus Geld- und Dienstleistungen macht einen Sozialstaat modern, leistungsfähig und zukunftsfest. Ein Grundeinkommen ist auch keine Herdprämie, sondern ein Freiheitsnetz. Warum soll für Frauen, die sich um Kinder sorgen, nicht gelten, was für Männer und für wohlhabende Erben schon immer gilt: Nein sagen zu können, wenn die Erwerbsarbeit unzumutbar ist? Nur wer Nein sagen kann, kann sich auch für gute Arbeitsbedingungen einsetzen. Ein Grundeinkommen ist das Schwert der Arbeiterklasse des 21. Jahrhunderts – wie der Pilotenknüppel in der Hand der Lufthansa-Kapitäne. Nur wer sich sicher fühlt, kann sich wehren.

Einwand 6: Ein Grundeinkommen zerstört das Leistungsprinzip, auf dem unsere bürgerliche Gesellschaft fußt

Einer der großen Zeitirrtümer ist die Vorstellung, dass unsere Gesellschaft vor allem auf dem Leistungsprinzip basiert. Die Marktwirtschaft basiert auf dem Leistungsprinzip und wenn wir die Gesellschaft als Marktgesellschaft denken, dann basiert auch die ganze Gesellschaft darauf. Neben dem Leistungs- und damit auch Freiheitsprinzip gibt es aber noch drei andere umfassende Gerechtigkeitsprinzipien: Gleichheit, Solidarität und Teilhabe. Alle vier Prinzipien stehen heute in Wechselwirkung. Der Staat ist für Gleichheit zuständig, Gemeinschaften für Solidarität und unsere Werteordnung für Teilhabe. Das Grundeinkommen knüpft vor allem an diesen drei Gerechtigkeitsprinzipien an, die nicht vom Markt betreut und reproduziert werden. Doch auch Leistungsgerechtigkeit und Grundeinkommen müssen kein Widerspruch sein, sonst hätten sich Marktliberale von Milton Friedman bis Thomas Straubhaar nicht dafür eingesetzt.

3

Einwand 7: Ein Grundeinkommen soll diejenigen befrieden, die in der Industrie 4.0 nicht mehr gebraucht werden, es ist also nur ein Almosen

Auch mit einem Grundeinkommen wird es Ärzte, Psychotherapeutinnen, Pfleger und Sozialarbeiterinnen geben. Wir können uns umgekehrt auch eine Welt gespaltener und hochtechnologisierter Arbeitsmärkte mit vielen Erwerbslosen ohne Grundeinkommen denken. Ein Grundeinkommen macht aber Umbrüche und Transformationen für diejenigen risikoärmer, die am Rande der Arbeitsmärkte stehen oder im Lebensverlauf stehen könnten. Es ist kein Allheilmittel, zum Beispiel gegen Krebs oder Aids. Aber es heilt die soziale Spaltung der Gesellschaft. Das ist viel.